

## **Situations- und Ressourcenanalyse in den nördlichen Stadtteilen Kiels im Rahmen des Projektes "Toleranz fördern - Kompetenz stärken"**

Mit dem Bundesprogramm „*Toleranz Fördern – Kompetenz Stärken*“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend werden von 2011 bis 2013 lokale Aktionspläne, Modellprojekte oder Beratungsnetzwerke, die mit lokalen Maßnahmen ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für Vielfalt und Toleranz stärken bzw. sich gegen Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren, gefördert. Die Landeshauptstadt Kiel hat sich erfolgreich um eine Förderung im Programmbereich „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung lokaler Strategien (Lokale Aktionspläne)“ beworben.

Laut Verfassungsschutzbericht des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein (2011) wurden im Jahr 2010 1.340 Rechtsextremisten im Land gezählt (davon 15% Frauen), von denen nahezu die Hälfte als gewaltbereit eingeschätzt wird. Ihre wichtigste politische Kraft in Schleswig-Holstein ist die NPD (bundesweit 6.600 Mitglieder), daneben gibt es eine von rechts-autonomen Aktionsgruppen geprägte Szene, die seit Herbst 2010 erodieren soll.

Seit 2008 mehren sich in der Landeshauptstadt rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten und treten die NPD und die „Aktionsgruppe Kiel“ verstärkt in Erscheinung. Um diesen alarmierenden Entwicklungen entgegen zu wirken und auch, um insbesondere junge Menschen über rechtsextremistische Gefahren aufzuklären und sie vor ihnen zu schützen, erstellt die Stadt Kiel nun in Zusammenarbeit mit örtlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren einen lokalen Aktionsplan.

Um Handlungsziele und -strategien definieren zu können, ist in einem ersten Schritt eine Situations- und Ressourcenanalyse erforderlich, mit deren Durchführung das Institut für Interdisziplinäre Genderforschung und Diversity der Fachhochschule Kiel beauftragt wurde. Im Folgenden werden erste relevante Strukturdaten zur Situationsbeschreibung dargestellt, die noch der Ergänzung bedürfen und der sich eine Bestandsaufnahme von Konzepten und Maßnahmen im Umgang mit den ermittelten Problembereichen sowie deren fachliche Einschätzung unter Einbeziehung der relevanten Fachressorts im Ämternetzwerk anschließen wird.